

V. Die vielfältige Stadt

Toleranz für Familien, Diversity, ein Miteinander der Generationen, Integrations- und Bildungschancen

Als Metropole, in der Menschen mit verschiedensten Hintergründen zusammen leben, stellen sich Köln besondere Aufgaben. Das Miteinander und der gesellschaftliche Zusammenhalt müssen aus Sicht der FDP gestärkt werden. Alle Menschen in Köln verdienen Zukunftschancen.

Gesellschaftliche Vielfalt ist der Puls der Stadt – und sollte aus unserer Sicht auch ihr Aushängeschild sein. Ein liberales und vielfältiges Köln bedeutet dabei für uns:

- Familienfreundlichkeit, um jungen Familien zu ermöglichen, auch in Köln bezahlbar zu wohnen, ihre Kinder in gute Bildungseinrichtungen schicken zu können und nah am Arbeitsort wohnen zu können.
- Generationengerechtigkeit, damit Jung und Alt sich gleichermaßen in Köln heimisch fühlen können und nicht in einen Generationenkonflikt geraten.
- Bildung, um kommende Generationen nicht in der Perspektivlosigkeit allein zu lassen und vielen weiteren ermöglichen, in unsere Stadt zu kommen und sich kompetent ausbilden zu lassen.
- Diversity-Sensibilität gegenüber Minderheiten und Menschen mit besonderen Herausforderungen und Bedürfnissen, die sich auch außerhalb des CSDs oder in symbolträchtigen Akten in Köln zeigt und gelebt wird.

Nur wenn Köln allen Einwohnern Lebensqualität bieten kann, können wir die demographischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft meistern. Dabei setzen wir nicht auf populistische Forderungen und Symbolpolitik, sondern wollen pragmatische Lösungen anbieten, mit denen einzelnen Betroffenen wirklich geholfen wird und wir vielfältig bleiben und vielfältiger werden können – denn das braucht Köln!

Das braucht Köln: Familienfreundlichkeit!

Familienfreundlichkeit ist ein Muss für eine moderne, weltoffene und wachsende Stadt wie Köln. Eltern müssen wählen können, wie sie ihr Leben mit Kindern gestalten möchten.

Dafür brauchen wir bedarfsdeckende und hochwertige Betreuungsangebote in KiTas, Kindergärten und Schulen, flexible Öffnungszeiten und Wohnortnähe der Betreuung, sowie vielfältige und abwechslungsreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Familienfreundlichkeit bedeutet aber auch, dass die Stadt Köln ihren Service für Eltern deutlich verbessern muss: bei der Wahl der KiTa und der Schule werden Eltern häufig allein gelassen und haben keine Ansprechpartner in der Fachverwaltung, zumeist weil diese schlicht nicht erreichbar ist. Eine Beratung findet nicht statt. Hier muss die Stadt mehr investieren!

Wir fordern:

- Der Betreuungsschlüssel in der Kinderbetreuung muss durch Schaffung weiterer Plätze verbessert werden, um optimale Betreuungsbedingungen sicherzustellen.
- Eigeninitiativen von Eltern im Bereich der Kinderbetreuung müssen Berücksichtigung und Unterstützung erfahren.
- Die Qualität des Betreuungsangebots in Köln muss konsequent weiterentwickelt werden. Dazu muss frühkindliche Bildung stärker als bisher in den Fokus rücken und das Angebot an mehrsprachigen KiTas dem Elternwunsch entsprechend ausgebaut werden.
- Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen länger und flexibler gestaltet werden und ein bedarfsdeckendes Angebot an 24-Stunden-KiTas geschaffen werden.
- Das Online-Anmeldeverfahren für die Vergabe der Kita-Plätze muss zügig weiter ausgebaut werden und immer dem technischen Zeitalter angepasst werden. Vorrangig muss die Vernetzung mit den Freien Trägern in Köln gesichert werden, damit Eltern über ein System ihr Kind anmelden können, egal ob sie sich für eine städtische oder nicht städtische Kita entscheiden.
- Weiterhin fordern die Liberalen das Kita-Anmeldeverfahren in die Stadt Köln App zu integrieren.
- Im Bereich der Offenen Ganztagschulen muss ein bedarfsdeckendes Angebot geschaffen werden. Auch hierbei sind flexible Abholzeiten ein wichtiger Faktor. Zugleich müssen vor allem im Bereich der Nachmittagsbetreuung –vor allem auch im gebundenen Ganztags- vielfältige und hochwertige Angebote geschaffen werden. Durch die Einbindung von Ehrenamtlichen und Vereinen kann hierfür ein gewaltiges Potential ausgeschöpft werden.
- Grünflächen und Spielplätze sind vor allem für Familien wichtige Begegnungsorte. Um dies sicherzustellen sollten Spielplätze über Spielgeräte

für mehrere Altersstufen verfügen. Auch sollen innovative und vielfältige Spielgeräte beschafft werden, über die Auswahl sollen die Anwohner und auch die Kinder mitbestimmen dürfen. Zudem fordern wir die sofortige Umsetzung des Spielplatzgesamtkonzeptes der Stadt Köln. Die Kölner Jugendarbeit muss sich permanent an den aktuellen Bedürfnissen orientieren. Um dies sicherzustellen müssen die Wünsche der Jugendlichen vor Ort abgefragt und das Angebot angepasst werden. Zeitgemäß ist zudem eine Stärkung der mobilen Jugendarbeit. Auch hierbei ist die Stärkung des Ehrenamts ein wichtiger Ansatz. Zudem sollten generationsübergreifende Angebote gestärkt werden.

Das braucht Köln: Generationengerechtigkeit!

Die Bedürfnisse der Generationen sind im steten Wandel. Wir setzen auf ein enges Miteinander von Jung und Alt, ein gegenseitiges Geben und Nehmen.

Dafür brauchen wir z.B. generationsübergreifende Begegnungsräume, mobile Jugendarbeit und die Stärkung von und Werbung für ehrenamtliches Engagement

- Um die Begegnung zwischen den Generationen zu stärken, sind mehr generationsübergreifende Begegnungsräume zu schaffen. Umgestaltete Parks und Spielplätze sind hier wichtige Ideen. Auch sollten an diesen Standorten verstärkt öffentliche Toiletten eingerichtet werden.
- Barrierefreies Wohnen ist für ältere Menschen wie auch Menschen mit Behinderung gleichermaßen wichtig. Wir brauchen daher ein städtisches Konzept, das auch für die Zukunft ein bedarfsdeckendes Maß an barrierefreien Wohnungen sicherstellt.
- Wir setzen aber auch außerhalb der Barrierefreiheit auf generationengerechtes Bauen: Wir wünschen uns bei Neubaugebieten eine Durchmischung von Ein- und Mehrfamilienhäusern- und Wohnungen und auch Mehrgenerationenhäusern mit Platz für Spielplätze und KiTas. Die FDP will keine Kinder aus den Wohngebieten vertreiben, denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.
- Wir fordern zudem eine zentrale Stelle zur Beratung zum barrierefreien Bauen; auch für bedarfsgerechte und auf Individuen zugeschnittene Lösungen, auch außerhalb der DIN-Normen.
- Generationengerechtigkeit denken wir aber auch langfristig: Ein weitere Verschuldung der Stadt auf Kosten der kommenden Generationen lehnen wir entschieden ab.

Das braucht Köln: Gelebte Diversity-Politik!

Köln ist eine Stadt, die für ihre Weltoffenheit und Toleranz bekannt ist. Dies ist ein hohes Gut, von dem unser Köln lebt. Wir wollen uns weiter für Akzeptanz und ein besseres Miteinander einsetzen.

Diversity-Politik – das bedeutet für die FDP zu erkennen, wodurch Gruppen oder Individuen ausgegrenzt werden oder nicht ihre volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entfalten können, und diese Hürden abzubauen. Frauen, Menschen mit nicht-heterosexueller Orientierung, mit Migrationshintergrund oder besonderem Förderungsbedarf – alle Bürgerinnen und Bürger Kölns verdienen Respekt und Chancen.

- Wir wollen, dass die Stadt Köln als Unterzeichnerin der „Charta der Vielfalt“ ein Diversity-Konzept entwickelt und dann auch mit Leben erfüllt. Dies betrifft nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die Unternehmen, die der Stadt gehören oder an denen sie beteiligt ist.

Das braucht Köln: Fraueninteressen ernst nehmen!

Diskriminierung aufgrund von Vorurteilen findet nach wie vor auch aufgrund des Geschlechtes. Auch in Köln sieht die FDP Handlungsbedarf, um allen Geschlechtern gleiche Chancen zu ermöglichen:

- Für die FDP gilt, dass das oberste Ziel von Gleichstellungspolitik Geschlechtergerechtigkeit ist – wir wollen die Diskriminierung aufgrund jeden Geschlechtes abbauen.
- Die FDP fordert geschlechterdiskriminierende Sprache in öffentlichen Schreiben und im Verwaltungsablauf restlos zu beseitigen. Ein einheitliches sprachliches gendern, also die Verwendung von einer einzelnen Form zur Anrede von Menschen, lehnen wir ab, befürworten jedoch die gezielte Ansprache der Geschlechter. – Die ausschließliche Verwendung der männlichen Ansprache sollte nicht weiter verwendet werden, sondern Amtsbezeichnungen (z.B. DER Oberbürgermeister) sollten geschlechtergerecht angepasst werden.
- Wir fordern eine Neuauflage der Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“, die Frauen in Köln für Kommunalpolitik begeistern und diese einbinden soll.
- Wir fordern Mentoring-Programme neben der Stadtverwaltung auch in allen städtischen Gesellschaften.

- Ein besonderes Augenmerk liegt für die FDP auf der Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund: Hier müssen Ausländerbehörde und Gleichstellungsbeauftragte mit Bildungseinrichtungen vernetzt werden.
- Das ehrenamtliche Engagement von Frauen in Köln muss gewürdigt werden. Da es bislang nur eine Ehrenbürgerin der Stadt Köln gibt, regen wir an, herausragende weibliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu ehren.
- Auch außerhalb der Verwaltungsspitze in Köln müssen Frauen in den leitenden Positionen der Verwaltung angemessen berücksichtigt werden. Posten in der Verwaltung dürfen nicht nach Parteibuch, sondern sollen nach Qualifikation und geschlechtergerecht besetzt werden.

Das braucht Köln: Integration leben!

Integration heißt Teilhabe am sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Leben in der Gesellschaft, in der man lebt.

Dafür brauchen wir Vielfalt durch Verständigung. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist hierfür die Basis. Wir wünschen uns ein offenes und pluralistisches Miteinander aller Nationalitäten, geprägt von gegenseitigem Respekt und Toleranz.

Strukturelle Benachteiligung wie u.a. hohe Arbeitslosigkeit, schlechte oder gar keine Schul- oder Berufsausbildung, mangelhafte Sprachkenntnisse oder fehlende soziale Kontakte und Bindungen zu der Mehrheitsgesellschaft verhindern Integration. Integrationsförderung muss auf den Abbau dieser strukturellen Benachteiligung hinwirken, indem sie deren Ursachen bekämpft.

Das Bemühen um Integration ist keine Einbahnstraße. Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das ethnische und kulturelle Anderssein akzeptiert wird. Andererseits kann eine offene und pluralistische Gesellschaft nicht gelingen, wenn Migranten eine Parallelgesellschaft bilden. Die FDP ist gegen verordnete Assimilation der Zugewanderten. Sie hat Respekt vor alternativen Lebensentwürfen und vor unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen.

- Die FDP setzt sich darum für die freie Partnerwahl wie für eine gewaltfreie Erziehung bei jungen Migrantinnen und Migranten ein. Sie fordert von Migranten Respekt vor alternativen Lebensentwürfen und vor unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen – auch und insbesondere innerhalb ihrer eigenen Minderheit.
- Die FDP will die Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Köln neu gestalten. Künftige kommunale Integrationspolitik soll dem Ziel dienen, in Köln ein friedliches interkulturelles Leben zu ermöglichen, in dem sich alle Menschen in Köln sicher, wohl und heimisch fühlen. Dafür muss ein offener interkultureller

Dialog über die Voraussetzungen und die Hindernisse eines gemeinsam gestalteten Köln geführt werden. Die Steuerung der Integrationspolitik ist eine herausragende Zukunftsaufgabe einer verantwortungsbewussten Politik und darf nicht von der Prioritätenliste gestrichen werden. Ziel ist die gleichberechtigte Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Köln.

- Die Stadt gibt eine Studie über den Grad und die Hindernisse der Integration von Migrantinnen und Migranten in Köln in Auftrag, die auch „Tabuthemen“ wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle Selbstbestimmung und den Umgang mit anderen Minderheiten behandelt.
- Wir wollen eine stärkere Beteiligung der Zuwanderer an der kommunalpolitischen Willensbildung. Der in Zukunft statt des Ausländerbeirates in die Kommunalpolitik einzubindende Integrationsrat soll langfristig in einen Migrationsausschuss umgewandelt werden.
- Bilinguale Schulangebote sind zu fördern.
- Die Berufswahl in staatliche Institutionen, wie z. B. Verwaltung, Polizei, Staatsanwaltschaft oder Feuerwehr, ist gezielt zu fördern.
- Eine Servicestelle für ausländische Studierende ist beim Ausländeramt einzurichten, die in Kooperation mit dem akademischen Ausländeramt, dem autonomen AusländerInnenreferat der Universität zu Köln und dem Kölner Studentenwerk in Kooperation arbeitet.
- Die Stadt soll eine Stiftung für die Einrichtung eines Lehrstuhls für europäisch ausgerichtete Islamwissenschaft an der Universität zu Köln initiieren.
- Wir wollen, dass die Stadt privat betriebene islamische Friedhofsflächen in Köln zulässt, auf denen nach muslimischem Ritus bestattet werden kann.
- Wir fordern den Ausbau von bilingualen Kindertageseinrichtungen, die nach Sprachbedarf in den einzelnen Stadtteilen errichtet werden und nicht willkürlich. Dabei sind alle Sprachen, von Englisch über Türkisch bis Chinesisch nach Bedarf zu prüfen und dementsprechende Angebote zu schaffen. Die Wünsche der Eltern sind dabei ebenfalls maßgebend. Deutsch gilt dabei immer als Pflichtsprache.
- Wir sprechen uns gegen Integrationsmaßnahmen aus, die bereits in der Maßnahme selbst unsere verschiedenen Kulturen trennen und somit sicherlich nicht zur Integration beitragen (Bsp.: Fahrradkurse nur für muslimische Frauen)
- Das Stadtteil-Mütter-Projekt, ebenso wie die „Sozialraum-Orientierung“ sollen auf den Aspekt Integration ausgeweitet und intensiviert werden.

- Die FDP setzt sich für mehr Streetworker ein, bei denen besonders auf die Kontinuität der Betreuten bei Stellenwechseln und dem Auslaufen der Verträge geachtet wird.

Das braucht Köln: Regenbogen-Community entfalten lassen!

Köln besitzt einer der größten schwul-lesbischen Communitys in Deutschland. Die rheinisch-liberale Lebensart begünstigt die Entwicklung, dass sich gerade in Köln viele Schwule und Lesben niederlassen und mit ihrer Lebensart die Stadt mit prägen. Dennoch erleben auch weiterhin in Köln immer noch gleichgeschlechtliche lebende Menschen Vorurteile, Diskriminierungen und auch gewalttätige Übergriffe, trotz CSD und Come-Together-Cup, Schaafenstraße und Altstadt, Stattgarde und SC Janus. Noch schwieriger ist die gesellschaftliche Situation für Transsexuelle und Transgender. Gleichzeitig hat die grün-moralische Verbotskultur in Köln Einzug gehalten. Mit Baurecht und der Verordnung für Vergnügungsstätten verbietet die rot-grüne Ratsmehrheit großflächig in Köln schwule Clubs und Saunen, Darkrooms und Diskotheken. Wir Kölner Liberale verstehen uns dagegen als Verteidiger der Rechte und der Lebensweisen der Regenbogen-Community, nicht nur für Schwule und Lesben, sondern auch für Transsexuelle und Transgender. Wir wollen eine liberales und weltoffenes Köln und keine neue Verbotskultur.

- Wir unterstützen, als eine der ersten Parteien in Köln, das Projekt "Schule der Vielfalt - Schule ohne Homophobie", welches sich dafür einsetzt, dass an Schulen mehr gegen Homophobie und mehr für die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensweisen getan wird. An einigen Schulen gibt es ein Klima, das von Unwissen, Ängsten, Vorurteilen und feindlichen Haltungen gegenüber Homosexualität geprägt ist. „Schwul“ als Schimpfwort ist unter Kindern und Jugendlichen weit verbreitet und Lesbischsein wird vor allem unter sexuellen Aspekten wahrgenommen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass das Jugendzentrum anyway vom Land als anerkannte Jugendeinrichtung gefördert wird. Nun gilt es, das Angebot von Beratung bis Freizeitgestaltung für Jugendliche mit schwulem und lesbischem Coming-out zu vergrößern. Wir setzen uns für die räumliche Erweiterung des Jugendzentrums ein.
- Wir sind Ansprechpartner für alle Regenbogeninstitutionen, -gruppen und Einzelpersonen, für ihre Ideen, aber auch Probleme. Wir helfen den CSD-Organisatoren genauso wie den Wirtinnen und Wirten auf der Schaafenstraße

und in der Altstadt. Wir unterstützen des SC Janus wie auch dem Come-Together-Cup in ihrer wichtigen Arbeit.

- Wie für andere gesellschaftliche Gruppen selbstverständlich, soll die Stadt auch freie Hilfs-, Beratungs- und Betreuungsinstitutionen der Kölner Community (wie beispielsweise das Rubicon) durch Absicherung und bedarfsgerechten Ausbau unterstützen. Nachholbedarf gibt es hier insbesondere für Transgender und transsexuelle Menschen. Aber auch Beratungsangebote für ältere Schwule und Lesben und homosexuelle Menschen mit Migrationshintergrund bedürfen der städtischen Unterstützung.
- Wir kämpfen gegen die neue städtische Verbotskultur gegen schwule Clubs und Saunen, Darkrooms und Diskotheken durch Baurecht und die Verordnung für Vergnügungsstätten. Wir fordern die Rücknahme diese Beschlüsse im Stadtteil Mülheim und für Straßenzüge in der Innenstadt wie die Severin- und Bonner Straße.
- Wir wollen, dass sich KölnTourismus intensiver um schwule und lesbische Touristen bemüht, da diese Zielgruppe besonders gerne Städtereisen unternimmt und viele Städte um diese Reisenden konkurrieren.

Menschen mit Handicaps

In einer Großstadt wie Köln gibt es auch viele Menschen mit besonderem Förderungsbedarf. Behinderungen jeglicher Art dürfen Menschen nicht vom gesellschaftlichen Leben ausschließen.

- Wir fordern Barrierefreiheit beim Bauen, Wohnen und beim Thema Mobilität. Neubauten und Neuanschaffungen der KVB müssen zuallererst die Barrierefreiheit berücksichtigen.
- Gleiches gilt für öffentliche Verlautbarungen und den Online-Auftritt der Stadt und ihrer Gesellschaften: Hier fordert die FDP digitale Barrierefreiheit und ein Angebot dieser und der Broschüren der Stadt in leichter Sprache.
- Bei der schulischen Inklusion fordern wir von der Stadt eine schnelle und bestmögliche Ausstattung der Schulen, die allen Schülern volle Teilhabe am Schulalltag ermöglicht, in Kantinen, im Klassenraum, in der Sporthalle oder dem Pausenhof.
- Die FDP spricht sich für den Erhalt der Förderschulen aus, wo es nötig ist, muss mit Fusionen Abhilfe geschaffen werden.

Das braucht Köln: Bildung höchste Priorität einräumen!

Bildung ist das höchste Gut und bereitet unsere Kinder auf ein selbstbestimmtes Leben vor. Für diesen Prozess ist der Elternwille zu respektieren und einzufordern.

Dafür brauchen wir ein vielfältiges Schulangebot, den Erhalt von Förderschulen in Wohnortnähe und die stärkere Kooperation zwischen Eltern und Pädagogen. Schule ist ein Lebensmittelpunkt der Kinder; die Kommune trägt die Verantwortung für ein würdiges Lernumfeld durch Ausstattung, Pflege und Erhalt der Schulgebäude und ihrer Einrichtungen.

Das braucht Köln: Attraktive Schulgebäude!

- Alle in die Jahre gekommenen und maroden Schulgebäude sind unverzüglich zu sanieren. Dabei gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die ebenfalls dringend notwendigen Sanierungen der sanitären Anlagen und der Sporteinrichtungen (sowohl Turnhallen als auch Außenplätze) zu richten.
- Alle mobilen, alten provisorischen Einheiten (Container) müssen zeitnah abgebaut oder in neue Schulgebäude umgewandelt werden nicht die modernen Bauten. Gleichzeitig ist damit die Planung und Erstellung von Schulneu- bzw. Erweiterungsbauten unter Berücksichtigung des demographischen Wandels und der Entstehung von Neubausiedlungen verbunden. Die Anschaffung von Containern darf nur immer eine "Notlösung" sein und als Provisorium nicht zur Dauernutzung eingesetzt werden.
- Als Kommune ist Köln zuständig für die Infrastruktur der Bildungslandschaft und muss darin investieren, denn zu einem Schultag unserer Kinder von bis zu acht Stunden gehört ein würdiges Umfeld. Dies ist die zentrale Aufgabe der Stadt für die kommenden Jahre.

Das braucht Köln: Beste Ausstattung für alle Kölner Bildungseinrichtungen!

- Nach einer notwendigen Bestandsaufnahme der Ausstattung Kölner Schulen muss die zeitnahe Anschaffung neuer Materialien an allen Kölner Schulen sowie eine Aufrüstung bzw. Umgestaltung der Fachräume und Fachlabore auf Grundlage der neuesten Technologie erfolgen. Bei der Bestellung von Schulmöbeln (Tische und Stühle) sind dringend ergonomische Maßstäbe anzusetzen.
- Der Ausbau der Schulsozialarbeiterstellen an Kölner Schulen muss zügig vorangetrieben werden. Ziel ist, Grundschulen, vorrangig in sogenannten

Brennpunkten, Förderschulen, weiterführenden Schulen und Berufskollegs einen Schulsozialarbeiter zur Verfügung zu stellen. In der Zusammenarbeit dieser Fachkräfte mit Schulpsychologen, Lehrern aber auch den Eltern sollen verhaltensauffällige Kinder erkannt, kontinuierlich begleitet und durch entsprechende Maßnahmen in ihrer Entwicklung unterstützt werden. So kann bereits im Grundschulalter beginnend eine umfassende Betreuung dieser Kinder im Rahmen des Schulbesuchs bereitgestellt werden.

- Der Ausbau bzw. die Fertigstellung von Schulmensen an Kölner Gymnasien und Realschulen muss zügig vorangetrieben werden, damit eine Übermittagsversorgung, nicht nur im Rahmen von G8, flächendeckend in Köln gewährleistet ist.

Das braucht Köln: Förderung aller Schülerinnen und Schüler!

- Der Aufbau eines Netzwerkes zum Ausbau der Kooperation von Schulen mit Hochschulen und städtischen Ämtern im Bereich der Begabten- und Hochbegabtenförderung ist in Köln dringend erforderlich. Die spezielle Förderung von begabten bzw. hochbegabten Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter sporadisch betrieben und dem Zufall überlassen werden und muss bereits im Kindergarten ansetzen. Schon dort gilt es, außergewöhnliche Begabungen von Kindern frühzeitig zu erkennen und entsprechend darauf zu reagieren. Ein unbürokratisches Zusammenspiel aller Akteure ist gefragt, diesen Schülerinnen und Schülern ein umfangreiches und befriedigendes Angebot der Förderung wohnortnah bei den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen innerhalb der Stadtgrenzen von Köln zur Verfügung zu stellen.
- Die Stadt muss zusätzliche Stellen für Schulpsychologen einrichten. Eine bedarfsgerechte und kontinuierliche Betreuung verhaltensauffälliger Jugendlicher verschafft der Schule als Bildungseinrichtung wieder mehr Zeit und Raum für ihre eigentlichen Aufgaben und dem Kind bzw. Jugendlichen einen konkreten Ansprechpartner sowie eine Stütze für seine Probleme. Gleichzeitig wird man sowohl dem Anspruch der Lehrer auf psychologische Beratung und Hilfestellung als auch dem der Eltern der betroffenen Kinder und Jugendlichen durch die Bereitstellung zusätzlicher Schulpsychologen gerecht.
- Die regionale Wirtschaft, das Handwerk sowie andere Organisationen sollen als Mentoren gewonnen werden, um als solche eine verstärkte Zusammenarbeit in Hinblick auf den jeweiligen Abschluss der Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen zu leisten. Durch eine frühzeitige Begleitung der Schulen durch ortsansässige Betriebe soll eine Win-Win-Situation für die Beteiligten entstehen.

- Die schnelle Erreichbarkeit von Bibliotheken muss im gesamten Stadtgebiet gewährleistet sein. Daher muss eine Stadtbibliothek pro Stadtbezirk erhalten bleiben. In das Netz von Bibliotheken sind auch Einrichtungen in den Schulen oder von Trägern wie den Kirchengemeinden stärker zu integrieren. Darüber hinaus ist das Angebot an Bibliotheksbussen auszuweiten und durch eine Ausweitung mit E-Books zu bereichern.
- Grundsätzlich kann zusätzliche Ausrüstung, die zur Erfüllung der Lehrpläne nicht zwingend erforderlich ist, (z.B. weitere Musikinstrumente, besondere Laborausstattung oder hochwertige Sportgeräte), durch privates Sponsoring finanziert werden. Die zahlreichen in Köln angesiedelten Unternehmen bieten dazu ideale Rahmenbedingungen. Daher muss ein Programm geschaffen werden, in dem der Bedarf und die Interessenlage der Schulen mit der Spendenbereitschaft der Unternehmen zusammengebracht wird. Die Stadt soll ein solches Programm initiieren, sollte aber langfristig nur als Vermittler und nicht als Kontrolleur fungieren. Das Ziel sind feste Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, die auf langfristigem Engagement basieren. Eine inhaltliche Beeinflussung des Unterrichts durch die Spender muss dabei aber selbstverständlich ausgeschlossen bleiben.
- Die Kooperation von Schule und Jugendhilfe muss in den kommenden Jahren weiter verbessert werden. Schulische und außerschulische Angebote für Kinder sollen, besonders zeitlich, aufeinander abgestimmt werden, um eine möglichst vielfältige und kompetente Nachmittagsbetreuung zu garantieren.

Das braucht Köln: Hochschulstandort stärken!

Köln ist ein großer Hochschulstandort, auf den wir stolz sein können. Mit seiner fast 700-jährigen Geschichte und den zehntausenden Studierenden bilden diese einen großen Teil der Kölner Bevölkerung mit besonderen Bedürfnissen. Die FDP fordert daher:

- Eine bessere Anbindung der Campusse und der Hochschulgebäude an Innenstadt und Wohnort der Studierenden. Besonders die Taktung von Bahn und Bus muss in den Abendstunden verbessert werden, da der Hochschulalltag, sowie außeruniversitäres Engagement besonders abends stattfindet.
- Die Wohnungsnot macht sich besonders für Studenten bemerkbar. Vor allem an bezahlbaren Wohnraum mangelt es. Wir fordern, dass die Stadt prioritär Grundstücke für studentischen Wohnungsbau ausweist und sich an der Errichtung beteiligt. Sonst hat Köln viel zu verlieren.

- Für den Fall des Umzugs des Justizzentrums an der Weißhausstraße fordern wir die Umwidmung möglichst vieler bestehender Gebäude dieses Areals zu Gunsten studentischen Wohnraums.
- Ein konkreter Schritt, um die Vereinbarkeit von Studium und Familie für Studenten zu erhöhen, war die Einführung von Uni-KiTas nicht nur für Bedienstete der Universität sondern ausdrücklich auch für Studenten mit Kleinkindern. Notwendige Erweiterungen dieses Angebots wollen wir ggf. seitens der Stadt in Kooperation mit Universität, Fachhochschule usw. unterstützen.
- Die Zweitwohnsitzsteuer ist ersatzlos und umgehend abzuschaffen, denn sie schadet der Stadt und denen, die hierher kommen und lernen möchten und Lehrkräfte für den Wissenschaftsstandort Köln abschreckt.
- Wir fordern eine bessere Vernetzung von Schulen und Hochschulen in Köln, wie etwa das verstärkte Angebot von Gasthörerschaften von Schülern und Uni-Schnuppertage.
- Die Stadt Köln soll die Umsetzung des Masterplans Uni unterstützen. Dieser sieht vor, dem Campus der Humanwissenschaftlichen Fakultät in Nähe der Dürenerstraße zu einem richtigen Campus auszubauen, und gleichzeitig die wichtigen Gebäude des „alten Campus“ (Campus Ost am Albertus-Magnus-Platz) zu renovieren.
- Zudem mangelt es an einer Willkommenskultur für die vielen Erstsemester, die nach Köln kommen. Wir fordern eine gezielte Kampagne und Information für diese vielen Neu-Kölner, z.B. die Erweiterung der Begrüßungspakete für Neukölner durch die Meldehallen auch auf Menschen, die einen Zweitwohnsitz in Köln anmelden.

Die Universität zu Köln konnte sich nur so erfolgreich entwickeln, weil das von Innovationsminister Andreas Pinkwart (FDP) geschaffene Hochschulfreiheitsgesetz den Rahmen für Eigenständigkeit und Bewegung ermöglicht hat. Die FDP kämpft mit Student(inn)en und Universität dafür, dass diese Autonomie und dieses Tempo erhalten bleibt.

- Die FDP unterstützt den Masterplan der Universität verzahnt mit dem Teil des Masterplans für die Innenstadt, der den inneren Grüngürtel betrifft. Das betrifft z. B. die Entwicklung echter Campus-Strukturen an der Dürener Straße und der Joseph-Stelzmann-Straße als auch die Modernisierung des Campus-Ost am Albertus-Magnus-Platz.

- Ebenso fordert die FDP die Neugestaltung der FH und ihres Zentralcampus auf der rechten Rheinseite.
- Die Schaffung von Räumen und Unterstützungsstrukturen für Unternehmensgründungen auch in unmittelbarer Nähe zu den Hochschulen muss von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung der Stadt gefördert werden.

Auch für die nachfolgenden Eckpunkte werden wir uns als FDP in Zukunft einsetzen, so dass die jetzt jungen, heranwachsenden Menschen Lebensbedingungen in Köln vorfinden, die sie dazu ermuntern, auch nach Abschluss ihrer schulischen Laufbahn bzw. Ausbildung Kölner Bürgerinnen bzw. Kölner Bürger zu sein, die sich in ihrer Stadt gut aufgehoben und wohl fühlen:

- Investitionen in die soziale Infrastruktur für Studierende wie die Schaffung eines ausreichenden und bezahlbaren Wohnraumangebotes auch als Containerdörfer als Übergangslösung wie bspw. in Amsterdam.
- Gemeinsames Engagement der Stadt und seiner Bürgerschaft, um die besten Lehrkräfte für Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen nach Köln zu holen und vor Ort zu halten.
- Individuelle und qualitativ hochwertige Berufs- und Studienberatung an jeder weiterführenden Schule.
- Schuldenberatung durch Externe für Schülerinnen und Schüler, um in der heutigen Zeit nicht schon in jungen Jahren in die Schuldenfalle zu geraten.
- Nachrüsten aller nicht barrierefreien Kölner Schulen und Bildungseinrichtungen mit Hilfe einer Prioritätenliste.
- Errichtung einer Europa-Grundschule sowie weiterer bilingualer Grundschulen, damit Köln als weltoffene Stadt und Heimat von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus unseren angrenzenden Nachbarstaaten ein entsprechendes Angebot nicht nur für deren Kinder vorhalten kann.
- Als FDP-Köln wollen wir allen Kölner Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden auf ihrem Weg durch Schule, Ausbildung oder Studium die bestmöglichen Voraussetzungen für ein Lernen in einem angenehmen und förderungswürdigen Bildungsumfeld bieten, damit sie befähigt sind, sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich bestehen zu können.